

"Weißrussische Bedrohung": Selenskij malt sich einen neuen Feind an die Wand

27 Apr. 2026 06:30 Uhr

Kiew behauptet, dass Minsk dabei sei, sich auf einen Angriff auf die Ukraine vorzubereiten. Diese Behauptung sieht wie ein Bestandteil einer Informationskampagne aus, mit der der ukrainischen Bevölkerung erklärt werden soll, dass die Senkung des Wehrpflichtalters notwendig sei.



Symbolbild: Weißrussische Soldaten (KI-generiert)

Von Sergei Mirkin

Wladimir Selenskij sprach vor Kurzem von einer angeblich verstärkten militärischen Aktivität an der Grenze zwischen Weißrussland und der Ukraine. Er teilte gleichzeitig mit, dass Kiew Minsk offiziell vor seiner Bereitschaft zur "Verteidigung" gewarnt habe. Außerdem deutete der ukrainische Machthaber an, dass dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko ein dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro ähnliches Schicksal bevorstehen könnte. Warum hat Selenskij dieses Thema angesprochen?

Selbst in der Ukraine werden Spekulationen über einen möglichen Angriff der weißrussischen Armee mit Skepsis aufgenommen – die weißrussischen Streitkräfte verfügen dafür schlichtweg nicht über das nötige Potenzial. Zumindest wäre eine groß angelegte Mobilmachung erforderlich, von der jedoch keine Rede ist. Offenbar soll die mythische "weißrussische Bedrohung" Selenskij helfen, einige seiner eigenen Aufgaben zu lösen.

In der Ukraine wird ständig das Thema einer Senkung des Einberufungsalters auf mindestens 20 Jahre diskutiert – das Land benötigt dringend Mobilisierungsressourcen. Dabei räumen sogar ukrainische

Soziologen ein, dass eine Mobilisierung bei den Einwohnern der Ukraine, gelinde gesagt, unbeliebt ist. Der Leiter der Meinungsforschungsgruppe "Rating", Alexei Antipowitsch, merkt an, dass viele Ukrainer die Mobilisierung für übertrieben halten – und nicht einmal bereit sind, sich zu diesem Thema befragen zu lassen. Kirill Budanow, der Leiter von Selenskijs Büro, gibt zu, dass es in der Ukraine Probleme mit der Mobilisierung gebe.

Die "weißrussische Bedrohung" könnte zu einem wichtigen Bestandteil der bevorstehenden Informationskampagne werden, mit der der ukrainischen Bevölkerung erklärt werden soll, dass die Senkung des Wehrpflichtalters notwendig ist. Das Hauptargument könnte wie folgt klingen: "Früher standen wir nur Russland gegenüber, aber bald wird auch Weißrussland uns angreifen."

Es ist natürlich zweifelhaft, dass eine solche Informationskampagne bei den Einwohnern der Ukraine Wirkung zeigen wird – das Thema Mobilisierung war schon immer äußerst brisant und wird es auch bleiben. Aber die Propagandisten von Selenskij brauchen zumindest irgendwelche Argumente – sie werden versuchen, den Ukrainern auch die "weißrussische Bedrohung" schmackhaft zu machen.

Möglicherweise zielt die Kampagne auch in erster Linie auf Donald Trump ab. Selenskij will in der Donbass-Frage keine Zugeständnisse machen, doch ohne diese ist "Trumps Friedensprozess" unmöglich. Laut dem US-amerikanischen Journalisten Simon Shuster hat Lukaschenko erhebliche Anstrengungen unternommen, damit die Verhandlungen in Anchorage zustande kamen. Lukaschenko setzt den Dialog mit den US-Amerikanern fort, und das nicht ohne Erfolg. Bezeichnenderweise hat Trump ihn 2026 zur Teilnahme am Friedensrat eingeladen.

Somit ist der Informationsschlag gegen Lukaschenko auch ein indirekter Schlag gegen die Vereinbarungen von Anchorage. Die Botschaft ist klar: Russland und Weißrussland verstärken angeblich die Eskalation, Minsk sei bereit, sich am Konflikt zu beteiligen, und unter solchen Umständen könne von Frieden keine Rede sein. Für Selenskij ist es äußerst wichtig, dass Trump nicht beschließt, den Druck auf Kiew zu verstärken, beispielsweise durch die Einstellung der Lieferung von Geheimdienstinformationen. Und zu diesem Zweck beschuldigt er ständig Russland, dass es angeblich keinen Frieden wolle, und nun auch noch Weißrussland, es bereite sich auf einen Krieg vor.

Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Falschmeldungen über die Kriegsvorbereitungen in Weißrussland Teil einer groß angelegten Kampagne europäischer Globalisten sind. Sie befinden sich derzeit in einer sehr eigenartigen Lage. Die Globalisten konnten bei den Parlamentswahlen in Ungarn einen Sieg erringen und den langjährigen Ministerpräsidenten Viktor Orbán aus dem Amt entfernen und haben sich dadurch wahrscheinlich bestärkt gefühlt. Auf der Konferenz "Global Progressive Mobilisation" in Barcelona wurden Aufrufe laut, allen rechten Kräften weltweit "die Hände zu verdrehen".

Lukaschenko haben die europäischen Politiker schon längst zum Diktator erklärt. Und die Bemühungen zu seiner Absetzung haben seit den Protesten von 2020 wohl kaum auch nur einen Tag lang nachgelassen. Nun könnte die Ukraine zur Schlagkraft dieser Bemühungen werden. Aus den weißrussischen Nazis, die in der ukrainischen Armee dienen, könnten unter Beteiligung der ukrainischen Spezialeinheiten Sabotageeinheiten gebildet werden, um Provokationen an der Grenze durchzuführen. Im Informationsbereich wird dann die "weißrussische Bedrohung" weiter hochgespielt – alles nach Schema. Natürlich wird die weißrussische Opposition "aufwachen" und protestieren mit dem Slogan: "Wir lassen nicht zu, dass Weißrussland in einen Krieg hineingezogen wird!"

Ein Risikoschachzug? Gewiss. Doch sollte etwas schiefgehen, werden die Ukraine und Selenskij die Schuld tragen, während sich die Europäer von ihrer Beteiligung an dem Prozess distanzieren werden.

Derzeit müssen sich die europäischen Globalisten über ihren Platz in den neuen politischen Realitäten klar werden und Stärke zeigen, und da Selenskij schon mehrfach Anzeichen von Wahnsinn gezeigt hat, ist dieses Szenario durchaus wahrscheinlich.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist zuerst am 23. April 2026 auf der Website der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Sergei Mirkin ist ein Journalist aus Donezk.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.